

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921**

4.11.1921 (No. 258)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Straße Nr. 14, Fernsprecher: Nr. 953 und 954, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515.

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptchriftleiter E. M e n d e, Druck und Verlag: G. Braun'sche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 24 M 90 P. — Einzelnummer 40 P. — Anzeigengebühr: 50 P. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifferter Rabatt, der als Kasirerabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Abgabe von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Oberschlesien, Polen und die deutsche Kriegsentschädigung

Von einem Mitarbeiter, der in der „Karlsruher Zeitung“ schon wiederholt das Wort in der ober-schlesischen Frage ergriff, wird uns im Hinblick auf die durch den Genfer Beschluß des Völkerbundesrates über Oberschlesien geschaffene neue Lage geschrieben: Es kann für Einsichtige keinem Zweifel unterliegen, daß der Verlust des wertvollsten Teiles von Oberschlesien in bezug auf die Frage der von Deutschland zu zahlenden Kriegsentschädigung eine neue Lage geschaffen habe. Da die Losrechnung der größeren Hälfte des ober-schlesischen Industriegebietes vom Reich dieses einer ungeheuren Menge wichtiger Rohstoffe — Steinkohlen, Eisen, Zinn — und eines starken Bruchteils seiner Eisen-, Stahl- usw. -Industrie beraubt, kann die Entente ihre bisherigen Entschädigungsansprüche Deutschland gegenüber nicht voll erhalten. Die Leistungsfähigkeit Deutschlands ist abermals vermindert worden, der Versailles Friedensvertrag aber bestimmt selbst, daß das Maß der deutschen Leistungen je nach dem Stande der deutschen Leistungsfähigkeit festgesetzt werden soll. Hierüber hinaus gilt es nun, eine dauernde Herabsetzung der Deutschland auferlegten Entschädigungslast herbeizuführen, da die Leistungsfähigkeit Deutschlands durch die Losrechnung ober-schlesischen Gebiets dauernd gemindert wurde. Was Deutschland verliert, gewinnt Polen, daher ist es gerecht und billig, daß Polen einen entsprechenden Teil der Deutschland auferlegten Entschädigungspflicht übernimmt.

An Verkündnis für diesen Anspruch Deutschlands fehlt es in Polen nicht. Der „Kaprzed“ vom 24. Oktober spricht es unumwunden aus, daß Polen nach dem Erwerb ober-schlesischen Gebietes einen „großen“ Teil der von Deutschland zu zahlenden Kriegsentschädigung werde tragen müssen. So ist es in der Tat! Und auf polnischer Seite ist man sich längst über diese Folge der Vereinigung ober-schlesischen Gebietes mit Polen klar gewesen. In der „Gazeta Wnadska“ vom 30. November 1920 z. B. hat es S. Verski ausgeführt: „Wenn Polen erklären wird, daß es bereit sei, im Falle einer Angleichung Oberschlesiens an Polen einen bestimmten Prozentsatz der deutschen Kriegsentschädigung zu zahlen, werden die Engländer die ober-schlesische Frage als Sonnenschein betrachten. Wir wissen zwar nicht, ob die polnische Regierung mit diesem Argument in den fremden diplomatischen Kreisen operiert, es würde sich jedoch empfehlen, im Namen der Sache des Volkes dies zu tun. Frankreich würde eine solche Erklärung zweifellos mit Genugtuung betrachten, denn auch Herr Begges versteht es, wie wir es in der letzten Zeit gesehen haben, alles genau zu berechnen und die wirtschaftlichen Interessen seines Vaterlandes zu erwägen.“

Augenscheinlich hat auch die polnische Regierung diesen Standpunkt geteilt. Denn als Dr. Natowski, ihr Vertreter für die ober-schlesische Abstimmungsangelegenheit in Paris, im Dezember 1920 von einer Londoner Reise dorthin zurückgekehrt war, erteilte er dem Herrn L. Brun, Berichterstatter des „Kurier Warszawski“ in Paris, eine Reihe von Aufschlüssen, über die Brun im „Kurier Warszawski“ vom 23. Dezember 1920 u. a. folgendes berichtet hat: „Dr. Natowski erklärte, man müsse damit rechnen, daß die Festsetzung des Abstimmungsstermins vor dem 15. Februar erfolgen werde, weil die Genfer Konferenz, die sich mit der Entschädigungsfrage beschäftigten sollte, die bekanntlich mit der ober-schlesischen Frage verbunden sei, für diese Zeit anberaumt wäre.“ „Ich will noch hinzufügen“, so ließ Brun seinen diplomatischen Gewährsmann in direkter Rede fortfahren, „daß uns (d. h. der polnischen Regierung, die Dr. Natowski in Paris für die ober-schlesischen Abstimmungsangelegenheit vertrat), der Vorschlag, daß Polen ein Teil der Entschädigung, die auf Oberschlesien entfällt, zahlen solle, nicht allzu sehr überraschen würde; das Argument, daß der Anschluß Oberschlesiens an Polen für die Entente Staaten, denen Deutschland Entschädigung zahlen muß, nicht günstig sein werde, würde dadurch berechtigt sein.“

Eierner hat nicht nur die polnische Regierung dem Gedanken, Polen solle im Falle des Erwerbes von Oberschlesien einen Teil der Deutschland auferlegten Entschädigung übernehmen, zustimmend gegenübergestanden, sondern auch die Entente selbst. Aus dieser, von Natur der Dinge maßgebend bestimmten Sachlage, müssen nunmehr die praktischen Folgerungen gezogen werden.

### Polnische Kriegspläne gegen Rußland?

Man schreibt uns: Meldungen aus Sowjetkreisen berichten über neue kriegerische Pläne der polnischen Militärkreise. Die „Pravda“ gibt zu, daß nicht alle Politiker in Polen diese Ziele verfolgen, aber die Militärführer haben einen noch härteren Anhang als in Frankreich. Die Bajonette seien in Polen noch spitzer als in der französischen Republik. „Pilsudski und Dmowski“, schreibt Nadel in der „Pravda“, „streben nach der Diktatur. Sie wollen in Frankreich eine Anleihe aufnehmen, die nicht nur der Kriegführung gegen Sowjetrußland, sondern auch der Niederwerfung des drohenden kommunistischen Aufstandes gilt. Pilsudski selber will an die Spitze der Armee treten, er will nicht regieren, sondern Krieg führen. Er steht auf dem Standpunkt, die kommunistischen Regierungen in Polen seien solange unausführlich, als eine kommunistische Sowjetrepublik als Nachbar vorhanden sei. Als Diktator soll entweder Haller oder Muschniki an die Spitze des Landes treten, weil nur dadurch der Erfolg der Unterdrückung des Bolschewismus gesichert sei. Die Nationaldemokraten drängen jetzt schon auf die Einführung von Kriegsgerichten gegen bolschewistische Akte. Pilsudski wartet nur auf die erste beste Gelegenheit, um mit den Kommunisten und der kommunistischen Republik, die er als Urheberin aller kommunistischen Bestrebungen betrachtet, mit Maschinengewehren und Kanonen zu sprechen.“ Nadel schließt seine Anführungen mit den Worten: „Sowjetrußland will in Frieden mit dem bürgerlichen Polen leben und ehrlieh den Vertrag von Riga einhalten. Es muß aber darauf aufmerksam machen, daß Pilsudski und die Pariser Militärs, die Polen beherrscht, durch Provokationen den Vertrag von Riga zu zerreißen sucht.“

Die „Pravda“ meldet ferner aus Warschau unterm 23. Oktober: Eine polnische Militärmission mit General Rajewski an der Spitze (Rajewski ist Direktor der Akademie für Generalstabsoffiziere) begibt sich dieser Tage zu Besprechungen nach Paris.“

Außerdem sind die russischen Zeitungen angefüllt mit Nachrichten über polnische Spionage in Sowjetrußland, über Versuche polnischer Generalführer, in Beziehungen zu Mitgliedern der diplomatischen Sowjetmission in Warschau zu treten, um diese dann zu kompromittieren, über Belästigungen diplomatischer Kuriers usw.

Fast wichtiger ist aber die Angabe, die Schließung der polnischen Gewerkschaftszentrale sei erfolgt, weil sie in Beziehungen zur dritten Internationale getreten sei, was die polnische Regierung als Hochverrat betrachte.

In Verbindung mit holländischen Berichten der letzten Tage kommt der Sowjetmehdungen gewiß Glaubwürdigkeit zu. In Polen drohen kommunistische Erhebungen durch die Teuerung und die Arbeitslosigkeit. Tritt dazu, wie es den Anschein hat, ein sehr strenger Winter, so wird das Volk nicht mehr still bleiben. Es werden dann aber wahrscheinlich auch französische Bajonette eingreifen, um das französische Kapital in Polen, fast 1200 Milliarden polnischer Mark, zu retten.

E. J. Brodsk-Freiburg.

### Die Getreideernte des Jahres 1921 nach der Ernteschätzung.

Von Karl Menne, Beigeordneter, Oberhausen.

Die Befürchtungen, die aus Anlaß der den ganzen Sommer hindurch in starkem Maße anhaltende Eise, Trockenheit und Dürre hinsichtlich des Ernteauffalls als seitlich erhoben wurden, sind erfreulicherweise bei der Getreideernte nicht eingetreten. Im Gegenteil ergibt die Ernteschätzung durch die Saatenstandsberichterstattung für Zerealien ein durchaus günstiges Bild, so daß die Getreide mit einem erheblich größeren Ernteertrag wie im Vorjahre mit Bestimmtheit zu rechnen sein dürfte. Auch hier zeigt sich wieder die allen Sachkundigen bekannte Erscheinung, daß für den Ausfall der Getreideernte die Witterung nicht allein und überaus den Ausschlag gibt, wenn ihr auch natürlich hohe Bedeutung zukommt, daß vielmehr in erster Linie der Ausfall der Ernte von intensiver Bodenbearbeitung und ausreichender Zufuhr von Düngemitteln abhängt. Letzteres trifft aber nunmehr zu, da einmal die geschulden Kräfte der Landwirtschaft wieder zur Verfügung stehen, und sodann auch durch den Erfolg deutscher Wissenschaft und Technik die Gewinnung künstlicher Düngemittel — zu erinnern ist nur an die Stickstoffherzeugung aus der Luft — in starkem Maße gefördert ist und damit die deutsche Landwirtschaft immer mehr und mehr von dem Bezug teurer ausländischer Düngemittel unabhängig wird. Nach der vom Statistischen Reichsammt im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Ernteschätzung ergibt sich das nachstehende Bild.

In Preußen beträgt die Erntefläche 1921 für Winterweizen 695 730 Hektar, der Hektarertrag wird auf 19,4 Doppelzentner,

der Gesamternteertrag auf 13 819 622 Doppelzentner geschätzt. Bei Sommerweizen beträgt die Erntefläche 102 630 Hektar, der Hektarertrag 18,0 Doppelzentner, der Gesamternteertrag 1 845 602 Doppelzentner. Für Winterroggen lauten die Zahlen 3 088 377 Hektar Erntefläche, 15,5 Doppelzentner Hektarertrag und 47 716 110 Doppelzentner Ernteertrag; für Sommerroggen 45 175 Hektar Erntefläche, 11,2 Doppelzentner Hektarertrag, 504 924 Doppelzentner Ernteertrag. Bei Sommergerste ergeben sich 548 313 Hektar Erntefläche, 16,5 Doppelzentner Hektarertrag und 9 061 015 Doppelzentner Ernteertrag. Bei Hafer sind die Ziffern 2 078 436 Erntefläche, 14,9 Doppelzentner Hektarertrag und 31 008 392 Doppelzentner Ernteertrag. Für das Deutsche Reich ergeben sich folgende interessante Ziffern: Für Winterweizen 1 274 638 Hektar Erntefläche gegenüber 1 034 094 Hektar Erntefläche bei der Augustschätzung des Vorjahres 1920 und gegenüber 1 164 767 Hektar nach der tatsächlichen Ermittlung im November 1920. Der Hektarertrag liegt mit 18,7 Doppelzentner im Durchschnitt unter der Ziffer für Preußen, ist aber ebenfalls höher wie der auf 16,3 Hektar bezifferte des Vorjahres. Der Gesamternteertrag an Winterweizen wird auf 23 787 569 Doppelzentner gegenüber nur 16 871 046 Doppelzentner für die Schätzung im August 1920 und nur 18 952 720 Doppelzentner der wirklichen Ermittlung im November des Vorjahres geschätzt. Die Schätzung übersteigt also die Ermittlung des Vorjahres um nahezu 5 000 000 Doppelzentner. Bei Sommerweizen beträgt für das Deutsche Reich die diesjährige Erntefläche 166 923 Hektar gegenüber 200 460 Hektar im August 1920 und gegen 216 507 Hektar der Novemberermittlung 1920. Der Gesamternteertrag an Sommerweizen wird im Deutschen Reich auf 2 847 033 Doppelzentner geschätzt gegenüber 3 272 347 Doppelzentner im August 1920 und 3 597 830 Doppelzentner der Feststellung im November des Vorjahres. Der hier zu verzeichnende Ausfall von rund 700 000 Doppelzentner wird durch den Überschuß bei Winterweizen beträchtlich wettgemacht.

Von ausschlaggebender Bedeutung für die Ernährung der Bevölkerung mit Brot sind die Ziffern für Roggen. Die Erntefläche für das Reichsgebiet wird bei Winterroggen auf 4 215 215 Hektar gegenüber nur 3 742 575 Hektar bei der Augustschätzung 1920 und gegenüber 4 215 550 Hektar bei der endgültigen Feststellung im November 1920 geschätzt. Die diesjährige Schätzungsziffer deckt sich also fast genau mit der tatsächlichen Ermittlung des Vorjahres. Auf des höheren auf 15,5 Doppelzentner gegenüber nur 11,8 Doppelzentner des Vorjahres angelegten diesjährigen Hektarertrages wird der Gesamternteertrag an Winterroggen für das Reich auf 65 186 536 Doppelzentner gegenüber nur 47 186 833 Doppelzentner bei der Augustschätzung 1920 und gegen nur 48 695 000 Doppelzentner nach der Novemberermittlung 1920 beziffert. Es ist daher mit einem Mehr von rund 16 000 000 Doppelzentner zu rechnen. Gegenüber dieser beträchtlichen Reihemenge kommt der auf die geringere Erntefläche von 81 383 Hektar gegen rund 100 000 Hektar des Vorjahres, trotz besserer Durchschnittshektarertrages zurückzuführende geringfügige Minderertrag von Sommerroggen, der für das Reich auf 808 601 Doppelzentner gegenüber 978 612 Doppelzentner nach der Augustschätzung 1920 und gegenüber 1 022 500 Doppelzentner bei der wirklichen Ermittlung im November 1920 beziffert wird, kaum in Betracht.

Für Sommergerste wird die Erntefläche auf 1 138 730 Hektar gegenüber 1 063 514 Hektar im August und gegenüber 1 198 462 Hektar im November 1920 angegeben. Der Ertrag ist bei einem Durchschnittshektarertrag von 15,7 Doppelzentner, der den vorjährigen mit 15,0 Doppelzentner nur um ein Geringses übersteigt, fast derselbe wie im Vorjahre und wird beziffert auf 17 929 043 Doppelzentner gegenüber 15 539 231 Doppelzentner bei der Schätzung im August und gegen 17 997 130 Doppelzentner bei der Ermittlung im November 1920.

Von großer Wichtigkeit einmal für die Herstellung von Nahrungsmitteln und Futtermitteln wie Haferflocken und Hafermehl, dann für die Ernährung der Pferde ist der Ausfall der Haferernte. Auch hier werden sich die schlimmsten Befürchtungen, die gehegt wurden, keineswegs bewahrheiten. Die Erntefläche im Reichsgebiet wird auf 3 189 783 Hektar angegeben gegenüber 2 805 577 Hektar bei der Augustschätzung 1920 und gegen 3 243 672 Hektar bei der tatsächlichen Ermittlung im November 1920. Der Durchschnittshektarertrag im Reichsgebiet ist mit 14,8 Doppelzentner allerdings um ein Geringses niedriger wie die Ziffern des Vorjahres mit 15 Doppelzentner für das Hektar nach der Novemberermittlung. Demzufolge bleibt auch der geschätzte Gesamtertrag mit 47 156 723 Doppelzentner gegenüber der im November 1920 ermittelten Erntemenge von 48 701 260 Doppelzentner ebenfalls zurück, übersteigt aber trotzdem noch die vorjährige Ernteschätzung, die für August des Vorjahres 41 628 288 Doppelzentner betrug.

Die Zahlen geben natürlich nur ein vorläufiges, aber immerhin schon für die tatsächlichen Ermittlungen bestimmendes Bild. Wenn man die Ziffern der Ernteschätzung und Erntezermittlung des Vorjahres gegenüberhält, so zeigt sich, daß die kurz nach der Ernte einsetzende Schätzung von den Saatenstandsberichterstattern in außerordentlich vorsichtiger Weise geschieht, und daß die später in den Wintermonaten erfolgende tatsächliche Ermittlung des Ernteertrages das Schätzungsergebnis oftmals um ein Beträchtliches übertrifft.

Dieser Umstand muß bei der diesjährigen Ernte berücksichtigt und in Rechnung gezogen werden. Es werden sich dann später bei der tatsächlichen Ermittlung auch da Mehrerträge herausstellen, wo zurzeit nach der Schätzung wie bei Sommerweizen, Sommerroggen und Hafer die diesjährige Ernte gegenüber der vorjährigen um ein Geringses zurückbleibt. Vor allem muß aber nicht übersehen werden, daß bei Winterweizen und bei Winterroggen schon jetzt nach der Schätzung die Ernte 1921 das Ergebnis des Jahres 1920 weit übertrifft. Alles in allem kann daher zusammengefaßt das Ergebnis der Getreideernte des Jahres 1921 als recht günstig bezeichnet werden.

Die Ziffern für die Kartoffelernte liegen zwar noch nicht vor, aber auch hier kann schon so viel gesagt werden, daß ein Grund zu schweren Befürchtungen, der zu preistreibenden Angst- und Notkäufen Anlaß geben könnte, durchaus nicht vorliegt. Nach allerdings noch unverbindlichen vorläufigen Schätzungen ist der Ertrag auf mindestens 80 Prozent des Durchschnittsertrages der drei letzten Jahre zu schätzen. Falls daher keine spekulative Zurückhaltung der Kartoffeln eintritt, dürfte mit ausreichenden Mengen bei angemessenem Preise gerechnet werden können. Ein lazes Bild bezüglich der Kartoffelernte kann natürlich nur dann erst gegeben werden, wenn einwandfreie amtliche Ziffern vorliegen.

## Kommunalpolit. Rundschau.

**Ertrag der Kosten für mutwillige Alarmierung der Feuerwehr.**

Auf Grund der Anfrage einer Mitgliedsstadt hat die Zentralstelle des Deutschen Städtetages eine Rundfrage veranstaltet, ob bei mutwilliger Alarmierung der Feuerwehr den abgesetzten Helfern nicht nur der entstandene Schaden, sondern auch wie bei tatsächlichen Hilfeleistungen das Aufgebot an Fahrzeugen und Personal in Rechnung gestellt werden könne, und ob hierzu ein besonderes Ortsstatut erforderlich sei.

Angefragt wurden die Mitgliedsstädte mit über 300 000 Einwohnern. Es sind 13 Antworten eingegangen.

1. Vorschriften über Gebühren für das mutwillige Alarmieren der Feuerwehr bestehen in Frankfurt a. M., Leipzig, München und Stuttgart. Leipzig und Frankfurt a. M. haben für die Inanspruchnahme der Feuerwehr eine Gebührenordnung. Sobald in diesen Städten die Feuerwehr grundlos alarmiert wird, erwachsen die festgelegten Gebühren. Frankfurt a. M. betont ausdrücklich, daß diese Bestimmung nicht in Form eines Ortsstatuts erlassen sei. Schwierigkeiten hätten sich nicht ergeben. In München ist durch Stadtratsbeschuß für mutwillige Alarmierung eine Gebühr von 320 Mark festgesetzt. Ferner erhält der Ermittler des Täters eine Belohnung von 100 Mark, die gleichfalls dem Urheber zur Last fällt. Die Feuerlöschordnung für den Gemeindebezirk Stuttgart enthält nachstehende Bestimmung: Bei mutwilligem Alarm hat der Täter für jedes ausgerückte Fahrzeug eine Entschädigung von 100 Mark zu entrichten und für jeden etwaigen Schaden aufzukommen.

2. Ohne eine besondere Gebührenordnung werden die Kosten von dem Täter eingezogen in Chemnitz, Düsseldorf und Offen. Chemnitz und Düsseldorf berufen sich ausdrücklich auf § 223 des BGB. Offen betont, daß ein Ortsstatut hierzu nicht erforderlich sei. Auch sind Schwierigkeiten bei der Eingiehung in diesen Städten bisher nicht entstanden.

3. Grundsätzlich ist bisher eine Eingiehung der entstandenen Fahrkosten usw. nicht erfolgt in Berlin, Breslau, Dresden, Hamburg, Hannover und Köln. In Hamburg ist eine Gebührenordnung in Vorbereitung, nach der auch für unbefugtes Alarmieren Gebühren eingezogen werden sollen.

## Politische Neuigkeiten.

### Zur Regierungsbildung in Preußen.

Die „Neue Badische Landeszeitung“ meldet aus Berlin unter dem 3. Nov.:

Im preußischen Landtage herrschte heute das Leben und Treiben eines großen Tages. Alle Fraktionen hielten Sitzungen ab. Im einzelnen läßt sich die Haltung der Fraktionen, die für die Neubildung des Kabinetts maßgebend sind, folgendermaßen charakterisieren:

Die Mehrheitsfraktionen hatten nur eine kurze Sitzung; sie fahien keinen Beschluß, sondern wollen abwarten, welche Entscheidung das Zentrum trifft. Die Demokraten erklärten sich in erster Linie für die breite Koalition, in zweiter Linie, falls diese nicht erreichbar wäre, zunächst für ein Übergangsministerium. In der Sitzung der Deutschen Volkspartei war Dr. Stresemann anwesend, der nicht der Landtagsfraktion angehört und griff entscheidend in die Verhandlungen ein. Die Fraktion sagte nach mehr als zweistündiger Sitzung folgenden Beschluß: die Fraktion beschließt, die große Koalition zu fordern. Das Zentrum hielt eine sehr stark besuchte Fraktionssitzung ab, in der der zurückgetretene Ministerpräsident Siegenwald ausführlich über die Lage berichtete. Auch das Zentrum sagte noch keinen Beschluß.

Der Landtag beschloß in seiner Vollversammlung morgen nachmittags 3 Uhr die Neuwahl des preußischen Ministerpräsidenten vorzunehmen. Man darf jedoch bezweifeln, ob bis dahin die Lage bereits hinreichend geklärt sein wird.

In einer Darstellung der „Frankfurter Zeitung“ heißt es: Heute vormittag hielten die verschiedenen Fraktionen des Landtags Sitzungen ab, um sich über ihre Stellung zu der neuen Lage schlüssig zu machen. Auch unverbindliche inter-

fraktionelle Besprechungen wurden eingeleitet, die allerdings nur zunächst dem Zweck dienten, die einzelnen Fraktionen über die bei den anderen Parteien herrschenden Auffassungen zu unterrichten. Landtagspräsident Heineke empfing um die Mittagsstunde einzelne Vertreter der verschiedenen Parteien: den Zentrumsabgeordneten Gerold, als Vertreter der Deutschen Volkspartei den Abgeordneten Braun und Sieling, und von den Demokraten den Abgeordneten Dr. Schreiber. So viel man bis jetzt feststellen kann, wünscht das Zentrum und selbstverständlich auch die Deutsche Volkspartei die Bildung eines Kabinetts auf der Grundlage der breiten Koalition. Die Demokraten erstreben ebenfalls eine Regierung auf dieser Grundlage, würden aber, wenn sie sich im Augenblicke nicht verwirklichen ließe, mit der Bildung eines Übergangskabinetts aus Vertretern der alten Koalition und einigen Beamten einverstanden sein unter der Voraussetzung, daß der Deutschen Volkspartei der Eintritt in ein solches Kabinett für später offen gehalten würde und die Erledigung der Verwaltungs- und Steuerreform dem künftigen großen Koalitionskabinett vorbehalten bliebe. Bei den Sozialdemokraten besteht zurzeit nur wenig oder gar keine Neigung für die Beteiligung an einer Regierung mit der Deutschen Volkspartei zusammen, und man hält bei ihnen die Verwirklichung einer solchen Absicht gegenwärtig für unmöglich. Immerhin hat die sozialdemokratische Fraktion ihren Vertretern, den Abgeordneten Braun und Sieling, zunächst freie Hand gelassen und wird erst wieder neue Beschlüsse fassen, wenn die interfraktionellen Verhandlungen ein bestimmtes Ergebnis gezeigt haben. Die Deutsche Volkspartei hat durch ihren Vertreter erklären lassen, daß sie zu einer Beteiligung an der großen Koalition bereit ist.

Einem Vertreter des M.D. gegenüber erklärte der preußische Ministerpräsident Siegenwald:

Der Rücktritt des preußischen Kabinetts ist nicht auf Vorgänge in Preußen, sondern auf solche im Reich zurückzuführen. In Preußen war die große Koalition schon vor vier Wochen möglich. Mit ihrer Verwirklichung wurde zurückgehalten, um durch Preußen gleichzeitig auch für das Reich eine Gewandung der parlamentarisch-politischen Verhältnisse herbeizuführen. Nun sind es wieder Vorgänge im Reich — ich erinnere an den Brief der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei an den Herrn Reichspräsidenten — die die Gewandung der politisch-parlamentarischen Verhältnisse in Preußen gefährden. In Zukunft wird Preußen nach eigenem Rezept arbeiten müssen, ohne auf die Vorgänge im Reich Rücksicht nehmen zu können. In anderen Ländern arbeiten die Gegner der Demokratie und des Parlamentarismus an deren Untergang. In Deutschland tun dies die demokratisch organisierten Parteien selbst. Die Erfahrungen der letzten Tage haben bewiesen, daß der preußische Ministerpräsident nach der ihm durch die Verfassung gegebenen Stellung wohl bei der Neubildung der Regierung, nicht aber bei der Regierungsbildung ausreichende Initiative entwickeln kann. Ich bin im April bei der endgültigen Wahl zum Ministerpräsidenten gegen die Sozialdemokraten gewählt worden und konnte daher, wenn ich weiterhin auf politische Verantwortlichkeit Wert legen wollte, nicht durch Einziehung der Sozialdemokratie eine Regierung bilden, die als alle Koalition angeschlossen werden könnte. Für diesen Umstand sollten auch die Kreise der deutschen demokratischen Partei Verständnis zeigen. Die jetzt in Zuschriften an die Presse an meinem Verhalten herumzumähen versuchen.

## Deutscher Reichstag.

Der Reichstag erledigte gestern in erster Lesung einen sozialdemokratischen Antrag auf Erhöhung der Pfändungsgrenze bei der Verordnung über Lohnbeschlagnahme. Die Vorlage wurde nach kurzer Beratung an den Rechtsausschuß geleitet. Darauf stimmte das Haus der Erhöhung der Pfändungsgrenze und ihrer Ausdehnung auf Devisen zu. Im weiteren Verlaufe der Sitzung genehmigte der Reichstag einen Antrag Gohme (Dem.), der Einspruch gegen die Veräußerung der Veranlagung und Erhebung der Reichseinkommensteuer erhebt, sowie einen Antrag Verr (U.S.P.), daß jeder Steuerzahler den von ihm selbst angegebenen Steuerbetrag sofort selbst abführen solle.

## Die neuen Steuern im Reichstagsausschuß.

Der Steuerauschuß des Reichstages behandelte gestern den Entwurf eines Gesetzes über die Erhöhung der Börsenumsatzsteuer. Es lag ein auf Anregung der Reichsregierung zurückgehender Antrag des Abg. Reil (Soz.) vor, der folgendes Gesetz beschließt: „Die Reichsregierung wird ermächtigt, den Steuerfuß der Tarifnummer 4a 5 des Reichsstempelgesetzes vom 3. Juni 1913 in der Fassung des Gesetzes vom 26. Juli 1918 bis auf 1 v. H. und im Falle der Ermächtigung unter 1 zu dieser Tarifnummer bis auf 2 v. H. zu erhöhen. Die Reichsregierung wird ferner ermächtigt, den Steuerfuß der Tarifnummer 4a 6 bis auf 1 v. H. zu erhöhen und diese

Steuer auf andere Anschaffungsgegenstände auszuweiten, die auf ausländische Währung lautende Zahlungsmittel zum Gegenstand haben und bisher nicht unter die Tarifnummer 4a 6 fielen oder von der Steuer befreit waren. Zur Durchführung dieser Vorschriften kann der Reichsminister der Finanzen weitere Anordnungen erlassen.“ — Hierzu beantragte Abg. Bernstein (Soz.), daß dieses Gesetz mit dem auf seine Verkündung folgenden Tage in Kraft treten solle.

Zur Begründung des Gesetzes wurde angeführt, daß die Zustände an der Börse eine möglichst schnelle Erhöhung der Börsenumsatzsteuer für Aktien und Anze als außerordentlich dringlich erscheinen ließen. Das Ziel würde nicht schnell genug erreicht werden, wenn der Ausschuß zunächst den inwärtigen dem Reichstag zugegangenen Entwurf eines Kapitalverkehrssteuergesetzes mit der gebotenen Dringlichkeit durchberaten wolle. Für den gegenwärtigen Zeitpunkt scheine es wichtiger, lediglich die Tarifnummer des Reichsstempelgesetzes, die sich auf die Börsenumsätze von Aktien und Anze bezieht, zu erhöhen und zugleich die bisher dem Reichsstempelrecht fremde Devisenbesteuerung einzuführen. Beides werde, schon aus technischen Gründen, am zweckmäßigsten in der Form einer Ermächtigung an die Reichsregierung erfolgen. Die Börsenumsatzsteuer für Aktien und Anze habe bisher nach Tarifnummer 4a 5 in Verbindung mit Artikel 28 des Gesetzes vom 26. Juli 1918 für Kundengeschäfte 3 v. H. und für Händlergeschäfte 0,5 v. H. betragen. Bei der jetzigen Lage des Kapitalmarktes und bei der starken Spekulation an der Börse erscheine der Satz von 1 v. H. bzw. 2 v. H. als mögliche Höchstgrenze. Der Handel mit Zahlungsmitteln in ausländischer Währung sei bisher im Tarif Nr. 4a 6 geregelt, jedoch beziehe sich diese Regelung nur auf ausländische Banknoten, ausländisches Papiergeld oder ausländische Geldsorten, bei einem Steuerfuß von zwei Zehntel v. H., die Ausdehnung auf die Devisenumsätze erhebe sich dringend geboten. Der Höchstfuß werde hier nicht allgemein für alle Anschaffungsgegenstände über Zahlungsmittel ausländischer Währung 1 v. H. betragen können, dieser Satz werde vielmehr nur für ausländische Geldsorten möglich sein; für Devisenumsätze werde entsprechend dem Entwurf eines Kapitalverkehrssteuergesetzes ein niedrigerer Satz zu wählen sein. Die Bemessung werde mit Rücksicht auf die schwankende Lage des Marktes der Reichsregierung überlassen bleiben müssen.

Ein Regierungsvertreter führte aus, daß es sich bei den vorgeschlagenen Steuerfüßen um Höchstfüße handeln müsse. Nähere Bestimmungen würden im Einvernehmen mit den Interessententeilen ausgearbeitet werden. — Abg. Dr. Fischer-Köln (Dem.) beantragte aus staatsrechtlichen Gründen eine Befreiung des verlangten Ermächtigungsgesetzes vorzusehen. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt. Nach eingehender Diskussion wurden die Anträge Reil (Soz.) und Bernstein (Soz.) einstimmig angenommen. Von demokratischer Seite wurde betont, es müsse Wert darauf gelegt werden, daß sogenannte Winkelbankiers zur Verführung von Auswärtigen und im Interesse der Berufsbankiers keine Händlerprivilegien erteilt werden.

Am Schluß der Sitzung machte der Vorsitzende Abg. Beder, Gessen (D. Vp.) auf das ungeheure Arbeitsgebiet aufmerksam, das der Steuerauschuß noch zu erledigen habe, und stellte eine Arbeitsteilung entweder durch Bildung von Unterausschüssen oder durch Übertragung einzelner Steuerentwürfsgruppen an einen neu zu bildenden Ausschuß zur Erwägung.

Nach längerer Debatte kam man zu dem Ergebnis, der Besprechung in den Fraktionen anheim zu stellen, es möchten dem 11. Ausschuß (Steuerauschuß) überwiesen werden: die Vermögenssteuer, die Vermögenszuwachssteuer, die Besteuerung der Nachkriegsgewinne, die Körperschaftsteuer, die Umfaksteuer, die Kapitalverkehrssteuer, und die Berufsverkehrssteuer. Einem neu zu bildenden Ausschuß sollen dann überwiesen werden: die Kennwert- und Kraftfahrzeugsteuer, die Erhöhung der Verbrauchssteuern, die Zuckersteuer, die Zinksteuer, die Erhöhung der Zölle, und die Neuregelung des Branntweinmonopols.

## Die Aufbesserung der Invalidenrentner.

Der sozialpolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beriet gestern den vom Reichsarbeitsminister eingegangenen Entwurf eines Gesetzes über die Aufbesserung der Invalidenrentner.

Nach diesem Entwurf soll ein Gesamteinkommen von 2100 Mark für Invaliden- und Altersrentenempfänger, 1500 Mark für Witwen- und Witwenrentenempfänger, 800 Mark für Rentenrentenempfänger erreicht werden, wobei alle sonstigen Einkünfte aus Erwerb oder öffentlichen Einrichtungen anzurechnen sind. Als Träger der Mehrkosten sind Reich, Länder und Gemeinden zu je ein Drittel vorgesehen. Die Durchführung des Gesetzes soll den Gemeinden übertragen werden unter Beteiligung der Versicherungsämter.

Der Ausschuß lehnte den Entwurf grundsätzlich ab. Er war der Ansicht, daß in ihm das Prinzip der Sozialversicherung, nachdem Renten einen Rechtsanspruch darstellen, zugunsten

## Buchkritik.

**Wolfgang Michael: Englische Geschichte im achtzehnten Jahrhundert.**

Der Freiburger Historiker Wolfgang Michael hat es unternommen, uns die englische Geschichte im 18. Jahrhundert in breit angelegter und wissenschaftlich aufs beste fundierter Darstellung vor Augen zu führen. (Verlag Dr. Walter Neudach, Berlin.) Bis jetzt sind erschienen: der I. Band „Die Anfänge des Hauses Hannover“ und Band II, 1. Teil „Das Zeitalter Walpole's“. Jeder Band bzw. Teilband ist circa 850 Seiten stark.

Wir stehen hier vor einem Standwerk deutscher Geschichtsschreibung. Kein Politiker, zumal kein Außenpolitiker, sollte daran vorbeigehen. Ohne eine genaue Kenntnis englischer Geschichte, und zwar der entscheidenden 18. Jahrhunderts, ist praktische und umfassende Politik und Diplomatie unmöglich. Aber auch der Wirtschafts- und Verfassungspolitiker, ja namentlich dieser letztere, kann aus diesem Werk unglaublich viel lernen. Wir begrüßen es deshalb mit besonderer Freude. Und es erfüllt uns mit Genugtuung, daß gerade ein badischer Historiker der Autor ist.

Ein besonderer Vorzug des Werkes ist sein Sprachstil. Die Kunst geschickter Stoffanordnung und überzeugender Darstellung erhält dadurch noch ihren eigenen Glanz. Wir wüßten nur ganz wenige Geschichtswerke zu nennen, in denen sich ähnlich gehaltvolle Kapitel finden, wie das große Anfangskapitel des ersten Bandes, das uns einen ganz vortrefflichen Überblick über die Geschichte Englands bis zum 18. Jahrhundert gibt.

Otto Kahn: Dante. Seine Dichtung und seine Welt, 20 M. Febrmann: Dante. Göttliche Komödie. Eine Auswahl von Gesängen. 13,5 M. (C. F. Ver'sche Verlagsbuchhandlung, München.) — Beide Bücher können zusammen besprochen werden, als beide vortrefflich geeignet, in die Welt Dantes und in die

hohe Poesie des größten Sehnachtsliedes einzuführen, das je gelungen wurde.

Es ist demnach der Zugang zum Verständnis der Dichtung durch eine ausgezeichnete Biographie des Dichters, Darstellung der Zeit und der Menschen, die im Gedicht sich spiegeln, der Entstehung und Geschichte der göttlichen Komödie, durch einen klaren Überblick über Inhalt und Aufbau der Dichtung, so daß der Leser dieser trefflichen Einführung zum Verständnis des sonst schwer zugänglichen Gedichts aufs beste vorbereitet wird.

Jeder Mann gibt in flüssiger Übertragung eine Auswahl von Gesängen, bei der ihn bestimmte, ihre dichterische Prägung und ihre Eignung, das zu zeigen, was an Dante zeitlos ist und ihn über die mittelalterliche Bindung durch Scholastik und Philosophie weit hinaushebt. Gerade durch diese auswählende Hervorhebung wird am besten die beabsichtigte Wirkung erzielt: „nicht um die dichterische Schönheit des Originals zu vermitteln, sondern auch vor allem Dante nicht als den seiner Zeit gebundenen, sondern als den über seine Zeit hinausragenden, ihr geistig voraneilenden und uns heutige Menschen ganz unmittelbar treffenden Geist zu zeigen“.

Die beiden Bändchen mögen als vortreffliche erste Einführung in Dantes Welt und Geist empfohlen sein, um allen denen, denen diese ewige Welt bisher verschlossen war, eine erste Bekanntschaft zu vermitteln, die sie dann weiter anregen wird, nach dem Ganzen der unsterblichen Dichtung zu verlangen.

Klosterleben im deutschen Mittelalter nach zeitgenössischen Aufzeichnungen. Herausgegeben von Johannes Wühler. Mit 16 Bildtafeln. (Insel-Verlag, Leipzig.) Dieses schön gebundene und mit liebevoller Sorgfalt gedruckte (520 Seiten umfassende) Buch ist ein neuer, aber natürlich in sich völlig abgeschlossener Band der Sammlung „Mittelalter und Chroniken“. Es ist nach den einzelnen Orden eingeteilt. Zuerst kommen die Benediktiner und Zisterzienser, dann die regulierten Augustinerchorherren und die Prämonstratenser, alsdann die Franziskaner und die Dominikaner. Abreicht *Immermann*

tragen zum besseren Verständnis der Einzelheiten bei. Ein Verzeichnis der benutzten Handschriften, Quellen und Literatur und ein Verzeichnis der Abbildungen beschließen den Text, der in jeder Hinsicht zeigt, daß hier ein gediegener Sachkenner das Material gesichtet und bearbeitet hat. Die Fülle des Gebotenen ist erstaunlich groß. Im Ganzen eine der schönsten Neuererscheinungen auf dem Widerwart dieses Jahres.

**Graf Harry Reher: Notizen über Mexiko. Zweite Auflage.** (Insel-Verlag, Leipzig.) Die „Notizen über Mexiko“, die der bekannte Ästhet, Literaturfreund und Pazifist in seiner Jugend verfaßt, haben auch heute noch ihren Reiz. Sie sind aus dem unmittelbaren Schauen und Genießen heraus geschrieben und beruhen eine nicht gewöhnliche Kraft der Darstellung. Stofflich sind sie von hohem kulturhistorischem und ethnologischem Interesse. So ist es zu begrüßen, daß jetzt eine 2. Auflage erscheint.

**Gräfin Elisabeth von Montgelas: Von meiner Lavin und anderen Lieblingen. 2. Aufl. (Verlag C. Sauerland, Leipzig.)** Eine Frau von Kultur und Geist, die sich mit einer gesättigten Lavin, Affen, Papageien, Gunden und Pferden umgibt und vor dem Tier größere Hochachtung befundet, als vor dem Menschen — das ist allerdings eine Erscheinung, die in unserm guten und braven Deutschland beinahe als ein Wunder wirken muß. Aber, man lese einmal dieses köstliche Buch (260 Seiten, zahlreiche Bilder, saubere Ausstattung), und man wird sich innerlich sehr bald mit dem eigenartigen Milieu der Verfasserin befreunden. Ein edler und kraftvoller Charakter spricht aus diesen Zeilen und ein echter, liebevoller Tierfreund. Nach der Lektüre des Buches findet man es deshalb durchaus nicht mehr verwunderlich, daß die Gräfin Montgelas Reifrungen in der Zählung und Erziehung wider Tiere vollbrachte, die dem Laien einfach fabelhaft vorkommen müssen. Für den Zoologen und Tierfreund ist das Buch von hohem Wert. Aber auch rein literarisch vertritt es Klasse und Stil. Und so wollen wir es denn auch der Verfasserin gerne bezeligen, daß sie gelegentlich ein bißchen Politik macht und dabei reaktionäre Schlagwörter wiederholt.

des Fürsorgeprinzips aufgegeben worden sei. Die Höhe der vorgeschlagenen Bezüge sei unzureichend. Er präzisierte sein Gutachten einstimmig in folgenden Richtlinien:

1. **Bedürftigkeitsfrage.** Infolge der Geldentwertung besteht allgemein für die Invalidenrentner die Notwendigkeit von Rentenzulagen. Die Einführung des Bedürftigkeitsbegriffs in die Sozialversicherung ist abzulehnen, da sie dieselbe aus einer Versicherungs- zu einer Fürsorgeeinrichtung machen würde.

2. **Anrechnung anderweitiger Bezüge** ist abzulehnen mit der Maßgabe, daß Bezüge aus öffentlichen Fürsorgeeinrichtungen insoweit angerechnet werden können, als sie 600 Mark übersteigen.

### Die Generalstreikandrohung in Berlin.

Aus Berlin berichtet die „Frlf. Ztg.“: Der vorgestern in Form eines Ultimatums gefaßte Beschluß der Gewerkschaftskommission für Berlin und Umgebung, in den Generalstreik einzutreten, wenn nicht innerhalb drei Tagen zwischen den Parteien des **Gastwirts-gewerbes** eine Einigung erzielt wird, hat den Konflikt wesentlich verschärft. Die Gewerkschaftskommission ist von der Anschauung ausgegangen, daß bei den Arbeitgeber die Absicht bestehe, die Organisation der Gastwirtsangestellten zu zertrümmern. Bereits gestern vormittag hat eine Deputation der Gewerkschaften den Oberbürgermeister Hübner aufgefordert, in den Konflikt einzugreifen. Der Oberbürgermeister hat sich dann auch bereit erklärt, eine Vermittlung zu übernehmen. Auch der Chef des Berliner Verkehrsvereins, Stadtrat Dr. Adler, wird sich zunächst mit den Arbeitnehmervertretern und später mit den Arbeitgeberern in Verbindung setzen. Vom Gewerkschaftsbund wird das Reichsarbeitsministerium aufgefordert werden, den Schlichtungsausschuß erneut einzuberufen.

### Gegen die Labmung der Deutschen Werke.

Zu einer großen Protestkundgebung gegen den Versuch der Ankerierten Militärkontrollkommission, die Betriebe der Deutschen Werke lahmzulegen, versammelten sich dieser Tage im Plenarsaal des preussischen Herrenhauses hunderte von Angestellten der Hauptverwaltung der Deutschen Werke als der Zentrale von vierzehn verschiedenen Betrieben der Gesellschaft im Reich. In der Versammlung waren Vertreter der Direktion, der Gewerkschaften und der Angestelltenorganisationen erschienen, die ohne Ausnahme den Arbeitnehmern der Werke jegliche Unterstützung in ihrer wirtschaftlich bedrohten Lage versprochen. Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

Die Angestellten der Deutschen Werke hat seit Gründung der Firma die Möglichkeit gehabt, den Umstellungsprozeß von der Kriegswirtschaft auf die Friedenswirtschaft aufzumaßen zu verfolgen. Mit Hilfe der Direktion, der Angestellten- und der Arbeiterschaft und durch ihr einmütiges Zusammenarbeiten ist es möglich gewesen, aus Betrieben, die früher nur für Fertigungszwecke gearbeitet haben, Betriebe zu schaffen, die dem Wiederaufbau, dem Handel und der Verfertigung dienen. Die durch nichts begründeten Maßnahmen der Entente sind geeignet, diesem Aufschwung des Unternehmens den Todesstoß zu versetzen. Das Vorgehen der Entente hat zur Folge, daß viele Tausende von Arbeitern und Angestellten ihre Arbeit verlieren und mit ihren Familien dem Staat zur Last fallen und der Not und der Verzweiflung preisgegeben werden. Die Forderungen der Entente haben aber weiter zur Folge, daß die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands immer größer wird und die Möglichkeit der Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen, die von der Regierung bisher treu und redlich gehalten wurden, immer geringer werden muß. Die Versammelten erwidern in dem Borgehen der Entente einen systematischen Feldzug der französischen Militärpartei, der darauf hinausläuft, Deutschland und sein Volk zu vernichten. Die Angestellten protestieren mit aller Entschiedenheit gegen ein solches Vorgehen, das ausschließlich den Zweck verfolgt, die deutsche Industrie und besonders die Deutschen Werke, die als sozialistischer Betrieb eine Vorstufe für eine neue Wirtschaftsordnung darstellen, aus dem Wirtschaftsprozess auszuschalten und zu vernichten. Die Angestellten verlangen vom Reichsrat, daß er beim Vorstand der Hauptverwaltung vorkommt, dieser möge im Widerstand gegen die Forderungen der Entente nicht nachlassen. Sie bitten ferner die amtierenden Gewerkschaftsvertreter, bei den beteiligten Regierungsstellen nachdrücklich dafür einzutreten, daß nichts unversucht gelassen wird, um ein derartiges Vorgehen, wie es die Entente-Kommission jetzt plant, ein für allemal unmöglich zu machen.

### Tschechisch-polnisches Militärabkommen.

„Rentow“ meldet aus Warschau: Der Außenminister Estermann hat im parlamentarischen Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten erklärt, der einstweilige polnisch-tschechoslowakische Handelsvertrag sei bereits unterschrieben, er werde jedoch erst nach Abschluß des politischen Abkommens zwischen den beiden Staaten in Kraft treten. D. h. polnischen Vätern zufolge soll dieses politische Abkommen, folgende drei Bedingungen enthalten: 1. Gegenseitige vollständige Neutralität für den Fall des Angriffes von einer benachbarten Macht; 2. Freiheit des Munitionstransportes über die Grenze; 3. Einsetzung einer gemischten Kommission zur Regelung der Frage des Minoritäten. In einer Meldung über die Ankunft des polnischen Ministers des Außern in Prag bemerkt „Rentow“, daß dieser wichtige Besuch wahrscheinlich den Abschluß der politischen Verhandlungen zwischen Polen und der Tschechoslowakei bedeute.

### Bad. Landwirtschaftskammer.

DZ Karlsruhe, 3. Nov.

Die Badische Landwirtschaftskammer begann heute vormittag die Tagung ihrer 20. Vollversammlung im Sitzungssaal der früheren Ersten Kammer des Landtages.

Der Vorsitzende, Landwirt Gebhard-Eppinger eröffnete die Sitzung um 10 Uhr mit der Bekanntgabe einiger geschäftlicher Mitteilungen. Er gedachte des verstorbenen Ökonomen Sängers mit herzlichsten Worten und sprach das tiefe Bedauern aus über den Verlust eines so großen Teiles Ober-Schleffens, der auch einen großen Schaden für die deutsche Landwirtschaft bedeute. Die finanzielle Lage der Kammer hat sich gebessert. Der Beamtenapparat der Kammer wurde bedeutend reduziert. Redner wendet sich dann dem Leserschen Bericht in der Kammer über die Verhältnisse in der Badischen Kammer zu. Dieser Bericht habe die Badische Kammer sehr geschädigt. Die Kammer habe daher eine Untersuchung eingeleitet und festgestellt, daß in keinem Falle eine Belastung der Kammer nachzuweisen war.

Staatsrat Weishaupt kommt auf die Ausfuhr deutscher Kartoffeln ins Ausland zu sprechen und wendet sich namens der Landwirtschaft energisch gegen den Vorwurf, daß die Landwirte Tausende von Waggons Kartoffeln nach der

Schwetz usw. ausgeführt hätten. Ein Krebschaden sei das wilde Händlerum in Kartoffelhandel.

Regierungsrat Pfisterer hält die Nachrichten von der Ausfuhr von Kartoffeln ins Ausland für falsch. Die Regierung habe alles getan, um zu verhindern, daß ungeeignete Elemente sich mit dem Kartoffelhandel befassen. Solche Bewilligungen sind von der Reichsregierung nicht gewährt worden. Die Regierung habe sich an die anderen Bundesstaaten, insbesondere an Württemberg gewandt, um Kartoffelzufuhren zu erhalten und auch Zusagen bekommen. Die Stimmung im Volke sei erregt. Die Landwirtschaft müsse alles tun, um die Kartoffeln zu mäßigen Preisen zur Verfügung zu stellen. Saatgutinspektor Meißner spricht ebenfalls zu der Kartoffelfrage. Es herrsche keine Kartoffelknappheit. Wir mühten mit einer Mittelernte rechnen. Nicht die Landwirtschaft sei schuldig an der Preissteigerung der Kartoffeln, sondern der Handel. In Karlsruhe löste der Berliner Kartoffeln jetzt 106 Mark. Das sei nicht berechtigt.

Dr. Matthes verlangt freie Preisbildung nach Angebot und Nachfrage und Bewilligung des Düngers und der Transportkosten.

Landesökonomierat Sad gibt zu, daß tatsächlich einige Landwirte die Kartoffeln nicht abgeben, weil sie später höhere Preise erhoffen. Das sei sehr zu verurteilen. Festgestellt wird, daß in Deutschland heuer die Kartoffelernte ausreichend ist.

Eine Entschließung Mengersheimer u. Gen. findet einstimmige Annahme. In ihr werden die Landwirte Badens aufgefordert, trotz Erfüllung ihrer Pflicht, alle entbehrlichen Kartoffeln abzugeben. Die städt. Bevölkerung soll darüber aufgeklärt werden, daß es nicht die Landwirte, sondern die Lausende von Käufern seien, die die Kartoffeln verteuern. Die Eisenbahnverwaltung soll veranlaßt werden, bessere und billigere Transportverhältnisse zu schaffen. Die Kammer beschließt weiter, einen Aufruf an das Land zu richten, in dem dargelegt wird, daß ein Grund zur Beunruhigung nicht vorliege, und daß die Landwirte in der Abfuhr ihrer volle Pflicht erfüllen würden, damit die Luft zwischen Stadt und Land nicht noch weiter vergiftet werde.

Ein Antrag, der besagt, daß die Verhandlungen der Volkswirtschaftsversammlung wieder gedruckt werden, wird angenommen.

Ein Antrag von Mengersheimer spricht dem geschäftsführenden Direktor der Landwirtschaftskammer wegen eines Artikels im Landwirtschaftlichen Wochenblatt, der eingeleitet worden war, wegen seines politischen Inhalts das Wäffchen der Kammer aus.

Freiherr v. Mengersheimer verlangt in der Begründung seines Antrages, daß dem Direktor Dr. Müller das Wäffchen der Kammer ausgetauscht werde wegen Verschleierung der Tagesordnung der Versammlung u. a.

Bürgermeister Klüber-Gundelfingen wendet sich dagegen. Der Landbund wolle nichts anderes als die Einigung unter den Landwirten und das wolle auch der Einsender des im Wochenblatt abgedruckten Briefes. Man müsse bedenken, daß im Wahlkampf von allen Seiten Übergriffe stattgefunden hätten, so auch v. Mengersheimer, der in einer Wahrede von Mengersheimer der Kammer als Kerlen gesprochen.

Direktor Dr. Müller wendet sich gegen die Ausführungen des Herrn v. Mengersheimer. Er habe es im Landw. Wochenblatt immer so gehalten, daß ein jeder dort seine Meinung zum Ausdruck bringen könne. Der Angriff sei ein Vorstoß gegen ihn. Vom Antragsteller sei gesagt worden: Heute muß dem Müller das Genick gebrochen werden. (Hört! hört!)

Ich habe die Geschäfte im amtlichen Auftrage und als Beamter geführt. Die Geschäfte an sich aber hat die Kammer zu führen und nicht der Beamte. Ich habe mich nie gedrückt und war stets neutral. Gerade in unruher Zeit der Parteien halte ich es für notwendig, daß ein Beamter seine Meinung sagt. In der Vorstandssitzung wurde die jetzt beantragte Tagesordnung beschlossen, die damals von niemandem kritisiert wurde, und jetzt wird mir vorgeworfen, ich hätte hinterhältig gehandelt. Keiner ist da unter Ihnen, der mir eine Pflichtvernachlässigung vorwerfen kann. Ich habe einen Grund, aber der lautet ganz anders, wenn ich einmal aus der Kammer ausstehe. Betonen muß ich, daß die Landwirtschaftskammer moralisch und finanziell heute sehr gut dasteht.

Vorsitzender Gebhard: Die Tagesordnung ist mit Zustimmung des Vorstandes gemacht worden, ich selbst habe sie unterschrieben, und ich verweise nicht, wie Herr v. Mengersheimer kommt, solche Vorwürfe gegen Dr. Müller zu erheben, gerade von Herrn v. Mengersheimer, der noch vor einiger Zeit zu ihm gesagt habe, es wäre ein Unklug für die Kammer, diesen tüchtigen und bewährten Beamten zu verlieren.

Auf Antrag des Bürgermeisters Lehmann wird der beantragte Artikel im Landw. Wochenblatt verlesen. Bürgermeister Lehmann betont, daß die Spaltung in der Kammer nicht zum Ansehen und Gelingen der Kammer beigetragen habe. Die Einbeziehung der Politik in die Kammer behauere er aufs tiefste. Der Artikel hätte nicht erscheinen dürfen. Jede Politik, möge sie kommen, woher sie wolle, müsse aus der Kammer ausgeschlossen werden.

Ein Antrag, der besagt, die Kammer spricht ihr Bedauern aus, daß der Artikel in das Landw. Wochenblatt gekommen ist, und verlangt, daß künftig alle Artikel, die das politische Gebiet streifen, als dem Wochenblatt entfernt bleiben, wird einstimmig angenommen.

Direktor Dr. Müller verlangt dagegen eine klare Entscheidung, ob er das Vertrauen der Kammer habe, oder ob die Kammer einen anderen Geschäftsführer wünsche.

Landwirt Hagen behauptet, daß die Zeit mit solchen Sachen totgeschlagen werde. Das Vorgehen gegen Dr. Müller sei moralischer Mordelord. Er bittet, Dr. Müller ein Vertrauensvotum auszusprechen.

Bürgermeister Lehmann wünscht, erst das amtliche Ergebnis abzuwarten und dann erst Dr. Müller das Vertrauensvotum auszusprechen.

Ökonomierat Dr. Sad: Wir wollen nur eine wirkliche Neutralität.

Bürgermeister Lehmann nennt die Zustände, wie sie z. Bt. in der Kammer herrschen, für unerträglich. Mit dem Vertrauensvotum solle man warten, bis die amtliche Erklärung vorliegt.

Direktor Dr. Müller: Ich kann Ihren Standpunkt nicht annehmen. Ich muß auf meine Standeshöhe halten gegenüber der Öffentlichkeit, die anerkennt wird, daß ich heute hier in der schwersten Weise angegriffen worden bin. Ich erkläre, daß ich meinen Dienst nicht mehr weiter führe, wenn ich Ihr Vertrauen nicht mehr besitze. Ich bin bereit, jedes Opfer für die Landwirtschaft zu bringen, aber eine Zurückhaltung des persönlichen Vertrauens kann ich nicht annehmen.

Graf Douglas stellt nun den Antrag auf Vertagung, da die Kammer durch die Erklärung des Direktors vor eine äußerst schwierige Situation gestellt worden sei. Nachdem die Anzahl des Herrn Verbandsdirektors Schön zur Landwirtschaftskammer, die Anzahl des Mitgliedes Herrn Josef Odenpach in den Vorstand und Ausschuß für Arbeiterfragen, sowie des Mitgliedes Herrn Handelsratmer Ball in den Ausschuß für Gemüse und Gartenbau von der Kammer einstimmig genehmigt worden war, wurde der Antrag Douglas auf Vertagung einstimmig angenommen. Dann wurde die Vormittagsitzung geschlossen.

In der Nachmittagsitzung verlas Vorsitzender Gebhard zu Beginn eine Erklärung der Beamten der Landwirtschaftskammer, in der die Kammer geleitet wird, sie möge eine Formel

finden, durch die es dem Herrn Direktor Dr. Müller ermöglicht wird, auf seinem Posten weiter zu verbleiben.

Ein Antrag Eichhorn, Douglas usw. besagt, daß das Votum im Wochenblatt zu einer Kritik der Geschäftsführung des Direktors Dr. Müller benutzt wurde, für die nicht zugleich eine sachliche Begründung beigebracht wurde.

Der Antrag wurde mit allen gegen die Stimme des Herrn v. Mengersheimer angenommen. Direktor Dr. Müller spricht der Kammer und der Beamtenschaft seinen Dank aus.

Über die Denkschrift, über die Geltung der Wiesen- und Weidewirtschaft in Baden berichtet Kulturingenieur Neubert Karlsruhe.

Ökonomierat Häder ist mit der Denkschrift einverstanden, wendet sich aber dagegen, daß die Winterschulen der Wiesenwirtschaft gleichgültig gegenüberstehen. Redner ist für Weidewirtschaft.

Landwirt Wachs behauptet, daß die Regierung bei den Entwässerungsarbeiten der Wiesen nicht in Verbindung mit den Landwirten vorgehe.

Vorsitzender Gebhard teilt mit, daß die Regierung beschloffen habe, daß diese Arbeiten zukünftig nur in Verbindung mit der Kammer durchgeführt werden.

Herr Ball fragt, ob und wie weit die Gemeinden berechtigt seien, Schafherden auf ihren Wiesen abzulehnen.

Dr. Matthes erklärt, daß die Gemeinden nicht gezwungen werden können, ihre Schafherden zu verpacken.

Der Antrag, die Denkschrift zur Kenntnis zu nehmen und sie dem Ministerium des Innern zu unterbreiten, wird einstimmig angenommen.

Über die Einrichtung einer Versuchsanstalt für Tabakbauförderung berichtet Direktor Ökonomierat Dr. Müller, die Anstalt die mit Unterstützung aus Reichsmitteln errichtet wird, soll sich der Förderung des Tabakbaues annehmen. Die Bad. Landwirtschaftskammer erscheint als geeigneter Unternehmer für die Errichtung der geplanten Anlage. Die Anträge des Vorstandes: die Vollversammlung wolle beschließen, die bestehende Tabakvergütung gemäß des Vorstandesbeschlusses vom Jahre 1919 auf die Herstellung von Tabakfabrikaten auszubauen unter Annahme des Angebots Bucherer oder eines anderen entsprechenden Angebotes. Ferner: die Vollversammlung wolle die Errichtung einer Versuchsanstalt für Tabakbauförderung vorsehen und die Reichsregierung um die Bewilligung eines Zuschusses hierfür bitten, wurden zur Debatte gestellt.

Bürgermeister Biegelmeier wendet sich gegen die Errichtung einer Versuchsanstalt und Generalsekretär Mengersheimer wendet sich dagegen, daß die Bad. Landwirtschaftskammer sich mit der Tabakfabrikation befasse.

Ökonomierat Häder ist für eine Versuchsanstalt, aber für keine ausgedehnte Tabakfabrikation.

Direktor Dr. Müller erklärt, daß der Zuschuß der Regierung sich auf 1½ Millionen Mark stelle. Wenn die Kammer die Anstalt ablehne, so werde sie auch errichtet, allerdings in der Pfalz.

Bürgermeister Biermeier meint, daß die Bad. Landwirtschaftskammer eine solche Versuchsanstalt mit Freuden begrüßen könne.

Dr. Matthes meint ebenfalls, daß, wenn ein derartiges Institut vom Reiche errichtet werden soll, Baden alles tun müsse, um diese Anstalt zu erhalten.

Ökonomierat Sad ist für eine Versuchsanstalt, aber gegen eine Tabakfabrik in Regio der Landwirtschaftskammer.

Staatsrat Schön unterstützt den Antrag einer Versuchsanstalt unter Voraussetzung einer Reichsunterstützung.

Staatsrat Weishaupt begrüßt gleichfalls die Errichtung einer solchen Versuchsanstalt in Baden. Daß ein solches Institut in der Pfalz errichtet werden könne, glaubt Redner nicht. Vor dem Anstoß der Errichtung einer Tabakfabrik möchte er dringend warnen.

Direktor Dr. Müller: Die Tabakpflanzer haben es bisher abgesehen, sich an unserem Unternehmen zu beteiligen. Es soll eine Anstalt errichtet werden, den Tabakbau in großartiger Weise zu fördern, und im Anschluß an unsere Vergütung soll eine kleine Fabrikation betrieben werden. Wir wollen keine große Tabakfabrik ins Leben rufen.

Graf Douglas tritt für die Annahme der beiden Anträge ein. Es wird von Pressen der Tabakbauern das bringende Ersuchen an uns gerichtet, in dieser Sache etwas zu tun. Oberregierungsrat Cranberger: Der Minister des Innern behält sich die Entscheidung vor, bis ein bezüglicher Antrag der Kammer mit den nötigen Unterlagen vorliegt. Aber schon jetzt könne er sagen, daß die Regierung nur dann dem Fabrikbetrieb zustimmen werde, wenn es sich um einen Betrieb handelt, in einem Umfang, wie er unbedingt für die Versuchsanstalt erforderlich ist.

Über den Antrag wird namentlich abgestimmt.

Er wird mit 26 gegen 19 Stimmen angenommen.

Der Antrag 2 wird in folgender Fassung angenommen: Die Vollversammlung wolle die Errichtung einer Versuchsanstalt für Tabakbauförderung vorsehen, falls von Seiten der Reichsregierung in Aussicht gestellt wird, die Mittel zu gewähren.

Über den Auslaß der Sterbefälle der Badischen Landwirtschaftskammer zu einer kleinen Lebensversicherung berichtete Dr. Schenl-Karlsruhe.

Der Antrag: Die Badische Landwirtschaftskammer wolle dem von dem Vorstand, dem Beirat und der Generalversammlung der Sterbefälle in der Sitzung vom 11. Dezember 1919 einstimmig gefaßten Beschluß auf Auskauf der Sterbefälle zu einem sog. kleinen Lebensversicherungsverein zustimmen, wurde einstimmig angenommen, ebenso der Antrag Beder, die Badische Landwirtschaftskammer wolle der Sterbefälle der Bad. Landwirtschaftskammer ein einmaliges, mündelbarer anzulegendes verzinstantes Darlehen in Höhe von 125 000 Mark als Garantiefonds gewähren.

Ein Antrag Zimmer, die Domänen sollten verpachtet werden, Wiesen nicht für ein Jahr, sondern für einen längeren Zeitraum zu verpachten wurde angenommen.

Sodann verlagte sich die Kammer um 7 Uhr abends auf morgen vormittag 1/9 Uhr.

### Badische Uebersicht.

#### Oppau-Spende der Kölner Studentenschaft.

Der Vorstand der Kölner Studentenschaft hat beschloffen, dem Reichshilfsauschuß für Oppau 2000 M. zur freien Verwendung zur Verfügung zu stellen. Der Vorstand hat hierüber dem Herrn Staatspräsidenten durch ein Schreiben Kenntnis gegeben, indem es u. a. heißt:

„Die Summe wird durch eine Semesterumlage von 0,50 M. pro Kopf der Studentenschaft aufgebracht werden. Wir haben den Betrag dem Reichshilfsauschuß überwiesen und gleichzeitig bei der Deutschen Studentenschaft angeregt, an die Studentenschaften aller Deutschen Hochschulen heranzutreten, damit auch diese in ähnlicher Weise sich an dem Hilfsdienst beteiligen. Wir glauben hierdurch auch zum Ausdruck zu bringen, daß die Studentenschaft bemüht ist, in jeder Weise sich als Teil des ganzen deutschen Volkes zu fühlen und sich bestrebt, alle Gegensätze zwischen den Volksklassen zu vermindern verlangt doch die Not des deutschen Volkes mehr denn je die

Einigkeit und das Zusammenarbeiten aller Bevölkerungs-  
 ter und aller deutschen Stämme.“  
 Der Herr Staatspräsident hat der Kölner Studentenschaft  
 den Dank der Regierung zum Ausdruck gebracht. Die tat-  
 kräftige, warme Anteilnahme der deutschen Studentenschaft  
 — so schließt das Dankschreiben — an dem erschütternden An-  
 glick, von dem Pioniere der wertvollen Arbeit betroffen wor-  
 den sind, möge ein leuchtendes Vorbild dafür sein, daß nur  
 dann ein Wiederaufstieg Deutschlands möglich ist, wenn alle  
 Schichten der Bevölkerung in Zeiten der Not zu gemeinsamer  
 Arbeit und gegenseitiger Hilfe zusammenstehen.“

### Die Kartoffelpreisfrage

wurde auch in der gestrigen Vollversammlung der Landwirt-  
 schaftskammer eingehend besprochen. Dabei fand folgender,  
 aus der Mitte der Kammer gestellter Antrag einstimmige An-  
 nahme. Die Landwirtschaftskammer wolle beschließen:  
 1. Alle Landwirte Badens sollen trotz Erfüllung ihrer Pflicht  
 dringend erlucht werden, zur Beseitigung der Kartoffeln in  
 den Städten alle Kartoffeln, die sie nicht selbst brauchen, ab-  
 zugeben. 2. Die städtische Bevölkerung soll aufgeklärt werden,  
 daß eine genügende Kartoffelmenge gewachsen und deshalb  
 kein Grund zur Beunruhigung vorhanden ist, wenn auch zuge-  
 geben wird, daß in gewissen Gegenden die Kartoffelernte ge-  
 ring ausgefallen ist. 3. Die Eisenbahnverwaltung soll erlucht  
 werden, durch bessere Wagengestaltung und mäßigere Frach-  
 tsätze für eine bessere Kartoffelverfrachtung sich zu bemühen.  
 4. An die landwirtschaftliche Bevölkerung soll ein Aufruf ge-  
 richtet werden, in dem sie über die Not der Städter aufgeklärt  
 und aufgefordert wird, ihre Pflicht zu tun und dazu beizutra-  
 gen, daß die Kluft zwischen Stadt und Land nicht vergrößert  
 wird.“

### Kurze Nachrichten aus Baden.

#### Verkehrsperren.

a) Mit Ausnahme von Kartoffeln ist die Annahme von  
 Frachttüchtigkeit nach Düsseldorf-Derendorf Ort und Übergang  
 und nach Holzviude Übergang verboten. — b) Geksperrt ist  
 Annahme von Frachttüchtigkeit nach Holland mit Übergang Neus-  
 fang. — c) Geksperrt ist der gesamte Langhofsverkehr nach den  
 schmalspurigen Stationen der Albtalbahn. Nach den voll-  
 spurigen bedienten Stationen Busenbach, Göttingen Holzhof  
 und Egenrot besteht keine Beschränkung. — Bewilligung von Sperr-  
 ausnahmen für Ladungen über Bischofsheim kann nur für  
 wirklich dringende Sendungen in Frage kommen, Zuständig  
 zur Genehmigung ist die Eisenbahndirektion Mainz, wofür  
 etwaige Anträge unter Befügung der bezüglichen Frachtbriefe  
 unmittelbar einzureichen wären.

DZ Vom Bahnbau Titisee-St. Blasien. Infolge des günstigen  
 Wetters gehen die Bahnarbeiten rüstig vorwärts. Mit  
 Hilfe eines Dampfbaggers sind die Einschnitte bei Schluchsee  
 und am Bindgallweiher ausgebagert worden, wobei sich das  
 vorteilhafte Arbeiten des Baggers zeigte, der in zwei bis  
 drei Zügen einen großen Materialwagen füllte. Die Maurer-  
 arbeiten an der Straßenüberführung bei Aha und der Brücke  
 bei Schluchsee sind wegen des Frostes eingestellt worden.  
 DZ Singen a. D., 3. Nov. Von privater Seite wird ge-  
 plant, an der Göttingerstraße eine Kolonie von 14 Ein-  
 familienhäusern zu erstellen und zwar ohne Inanspruchnahme

### Amtliche Bekanntmachung.

#### Tagesordnung

zu der am  
 Dienstag, den 8. November 1921, vormittags 9 Uhr,  
 im Bezirksratsaal in Karlsruhe stattfindenden  
 Bezirksratsitzung.  
 Öffentliche Sitzung.

#### I. Wirtschaftsgesuche aus Karlsruhe-Stadt:

Peter Rothberger, Realgastwirtschaft „zur Krone“,  
 Langestr. 1; Emil Greiner, Gastwirtschaft „zur Sonne“,  
 Kreuzstr. 33; August Stehner, „zum Bad Hof“, Marien-  
 str. 1; Emil Wetterauer, „zum Felsen“, Kreuzstr. 117;  
 Georg Jakob, Verlegung von „zum Köllenberg“ nach  
 Karl-Wilhelmstr. 42 „zum Burghof“; Fußballklub „Süd-  
 stern“, Kantine ohne Branntweinschank auf dem Sport-  
 platz (ehem. Rennwiese) durch Kantinier Jakob Schäfer;  
 Wilhelm Schänke, Ernststr. 21 „zur Friedrichskrone“;  
 Alois Herrmann, Telegraphenstraße; Theobald Wilhelm,  
 Werberstraße 40 „zur Weißstadt“; Friedrich Desterle,  
 Verlegung von Bachstr. 69 „zum neuen Saalbau“  
 nach Steinstr. 4 „zum goldenen Hest“; Emil Müller,  
 Adlerstr. 43 „zum Deutschen Kaiser“; Hermann Geden-  
 born, alkoholfreies Kaffee Baldhornstr. 25; Christian  
 Heinz Eheleute, Grenzstr. 10a „Restauration Landes“;  
 Karl Ritter Eheleute, Realgastwirtschaft Baldhornstr. 2  
 „Notes Haus“; Gottlieb Ebel, Kastnerstr. 1 „Schloß  
 Rüppurr“; Franz Ehlers, Gastwirtschaft „zur Sonne“,  
 Kreuzstr. 33; Karl Göb, alkoholfreies Verkaufshäuschen  
 Ede Woltke und Westendstr. 2, desgl. Margarete Ring,  
 Platz vor dem Hauptpostgebäude; Wilhelm Kaula, Kanti-  
 ne in der ehem. Artilleriecaserne; Akademischer Aus-  
 schuß für Leibesübungen an der Technischen Hochschule,  
 Ausschank alkoholfreier Getränke auf dem Hochschul-  
 sportplatz, Pflanzengarten; Stiftungsrat der katholischen  
 Kirchengemeinde St. Peter und Paul, Realgastwirtschaft  
 „zur Westendhalle“, Rheinstr. 30.

#### II. Wirtschaftsgesuche aus Karlsruhe-Land:

Bernhard Bahl in Rielingen „zum Baldhorn“;  
 3. Firma Pfannkuch & Co. hier, Kleinhandel mit  
 Branntwein; desgleichen Firma Emil Wucherer hier;  
 4. August Ufer hier, Veranstaltung von Singspielen  
 Kaiserstraße 26 „Excellordiele“; desgleichen Karl Ritter,  
 Waldstraße 2 „Notes Haus“; 5. Langunterricht durch  
 Langleher Hilt hier.

#### III. Nichtöffentliche Sitzung.

1. Aufhebung einiger alter bezirkspolizeilicher Vor-  
 schriften; 2. Abhör einiger Gemeinderrechnungen.  
 Die Akten liegen drei Tage lang vor dem Sitzungs-  
 tage in der Kanzlei des Bezirksamts zur Einsicht-  
 nahme auf.  
 Karlsruhe, den 2. November 1921. 3.620  
 Badisches Bezirksamt. O. 3. 166

Alte gut eingeführte  
**Lebens-Versicherungs-Gesellschaft**  
 sucht  
**Fachmann**  
 gegen reine Provision als  
**General-Vertreter**  
 mit unbeschränktem Arbeitsgebiet  
 Angebote unt. K. 743 an die Exp. d. Karlsr. Ztg.

von Baudarlehen. Die betreffenden Stellen beantragen die  
 Erstellung der Wasserleitung. Der Gemeinderat beschloß, die-  
 sem Ersuchen stattzugeben und die notwendigen Erweiterun-  
 gen vorzunehmen mit einem Kostenaufwande von annähernd  
 100 000 M. unter der Voraussetzung, daß die geplante Ko-  
 lonie auch wirklich errichtet wird. Die Bestände des La-  
 zaretts sollen für ungefähr 130 000 Mark aufgelöst werden,  
 falls der Bürgerausschuß zustimmt. Die Bohrunge nach  
 Wasser am neuen Pumpwerk haben ein günstiges Ergebnis  
 gezeigt, so daß mit einer baldigen Behebung der leidigen  
 Wasserarmut in einzelnen Stadtteilen zu rechnen ist.

### Badische Gemeindeschau.

DZ. Forstheim, 4. Nov. Der Bürgerausschuß bewilligte in  
 seiner letzten Sitzung ein Baudarlehen von 554 896 M. für  
 12 Wohnhäuser mit 13 Wohnungen der Bau- und Spargenof-  
 fenhaft und von 464 000 M. für ein Mädchenheim der Heils-  
 armee mit 4 Wohnungen und 15 Einzelzimmern. Für die Aus-  
 führung weiterer Notstandsarbeiten wurde wiederum ein Ver-  
 trag von 2 Millionen M. genehmigt. Zur Unterstützung der  
 Kleinentner stellte man bereit 100 000 M. zur Verfügung.  
 Das Kollegium beschäftigte sich dann mit der Wasserwerk-  
 erweiterung bei Neffern. Für den ersten Ausbau wurden 67 Mil-  
 lionen bereit gestellt.

DZ. Gaggenau, 1. Nov. Hier ist jetzt mit dem Erweite-  
 rungsbau der Volkshochschule begonnen worden. Der Neubau  
 wird annähernd ¼ Millionen Mark kosten.

DZ. Bellingen, 3. Nov. Am 14. November ist die Amtszeit des  
 seitherigen Bürgermeisters abgelaufen. Als Termin für die  
 Neuwahl wurde der 14. November festgesetzt.

### Literarische Neuerscheinungen.

Handbuch der Kunstwissenschaft: Prof. Dr. H. E. Brindmann,  
 Stadtbaukunst, Geschichtliche Querschnitte und neuzeitliche  
 Ziele. (Akademische Verlagsgesellschaft Athenaion m. S. S.,  
 Berlin-Neubabelsberg.) Der Verfasser, der vor seiner Ver-  
 setzung an die Universität Rostock eine Reihe von Jahren an der  
 Technischen Hochschule Karlsruhe tätig war und auch als  
 Herausgeber des weitverbreiteten Handbuchs der Kunstwissen-  
 schaft bekannt ist, hat auf die Entwicklung der modernen  
 Stadtbaukunst nachhaltigen Einfluß ausgeübt und sich auch  
 selbst praktisch betätigt. Sein Name ist ein Programm für die  
 jüngere Architektenschaft geworden, die nach Klärung ihrer  
 architektonischen Anschauungen strebt, gleichzeitig aber die prak-  
 tischen Anforderungen zur Grundlage ihres Schaffens macht.  
 Brindmann ist der erste Kunsthistoriker gewesen, der sich mit  
 dem großen Problem der Stadtbaugeschichte ernsthaft befaßt hat  
 — für die Gegenwart ist der Gewinn umso größer. Und gerade  
 das mag dem Verfasser als besonderes Verdienst angerechnet  
 werden, daß er die Vergangenheit nicht verheißt, selbst aber  
 beide Augen für die Gegenwart und die Zukunft offen hat.  
 Die reiche Ausstattung mit Abbildungen ist besonders zu loben.

Deutschland im Jahrhundert Friedrichs des Großen und des  
 jungen Goethe. Von Dr. Walter Franzel. (Hilfsbücher  
 für Volkshochschulen, Heft 2.) Preis 8 M. Verlag Friedrich  
 Andreas Bertelsmann & Co. Göttingen. Das Heft ist wegen seiner

Abschließlichkeit, seines Reichtums an Stoff, seiner bei aller  
 wissenschaftlichen Fundierung leichten Verständlichkeit und sei-  
 ner lebendigen, fesselnden Schilderung zu empfehlen.

Das Werden des deutschen Nationalbewußtseins von der  
 Urzeit bis zur Glaubensspaltung. (Hilfsbücher  
 für Volkshochschulen, Heft 3.) Von Dr. Julius Leo. Preis  
 4 Mark. Verlag Friedrich Bertelsmann & Co. Göttingen. Überall auf  
 die Quellen zurückgehend und zur Erleichterung einbringen-  
 deren Studiums auf die Literatur verweisend, faßt die kleine  
 Schrift den weitläufigen Stoff aufs geschickteste zusammen,  
 indem sie ihn dem Verständnis auch des geschichtlich nicht Be-  
 wanderten nahe bringt.

Kurt Münger: Leidenschaft, Roman. (Verlag Dr. F. Ran-  
 genscheidt, Berlin W. 15, Preis gebunden M. 17.—). Jede ein-  
 zelne dieser Arbeiten enthält die Erlebnisfülle eines Romans,  
 Schöpfungen wie „Lérese Fabart“, „Das Leben ein Film“,  
 „Aufzeichnungen eines Bachschülerhändchens“ u. a., reihen sich  
 dem Spannendsten der modernen Literatur ebenbürtig ein. Das  
 leidenschaftliche Buch wird viele Leser finden.

### Staatsanzeiger.

Die VII. Badische Kriegesgebellterie, 4. Reihe, betr.

Dem Badischen Kriegesbünd wurde die Erlaubnis zur Ver-  
 anstaltung einer Gebellterie zugunsten seiner Kriegesge-  
 bellterien für hilfsbedürftige Kriegsteilnehmer und Hinterbliebene, bei  
 welcher 2723 Geldeinnahmen und 1 Prämie im Gesamtbetrag  
 von 37 000 M. ausgeschüttet und 55 000 Lose, das Stück zu 2 M.,  
 ausschließlich Reichsteuernabgabe, ausgegeben werden, erteilt.  
 Ziehungstag: 3. März 1922.

Karlsruhe, den 31. Oktober 1921.

Ministerium des Innern.

Remmele.

Schmidt.

Die persönliche Berechtigung zum Betriebe einer neu zu er-  
 richtenden Apotheke in Neudorf wird zur Vereinerung aus-  
 geschrieben. Die Übertragung der Konzession auf die Gemeinde  
 Neudorf, Amt Heidelberg, bleibt vorbehalten.  
 Bewerbungen sind unter Anschluß der erforderlichen Zeug-  
 nisse binnen vier Wochen hierher einzureichen.  
 Karlsruhe, den 27. Oktober 1921.

Badisches Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:

Arnold.

Jeller.

### Personeller Teil.

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw.  
 der planmäßigen Beamten.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Ernannt:

Professor Dr. Karl Jasper an der Universität Heidelberg  
 zum planmäßigen ordentlichen Professor der Philosophie da-  
 selbst, mit Wirkung vom 1. April 1922. Studienassessor Otto  
 Matthes aus Wiesbaden zum Turnlehrer an der Universität  
 Heidelberg, der akademische Turn- und Sportlehrer Heinrich  
 Buchgeister zum Turnlehrer an der Universität Freiburg.

### Badisches Landestheater.

Samstag, 5. November. 6<sup>1/2</sup>, b. n. 10 Uhr. M. 14.40

Neu einstudiert: **Die Wildente.**

Im Landestheater. So. 6. Lohengrin. 5.  
 (30.00.) — Mo. 7. II. Sinfonie-Konzert. Leitung:  
 Fritz Cortolezis. Solisten: Magda Spiegel vom Opern-  
 haus Frankfurt a. M., Professor Sandberger, München,  
 Fritz Scherer vom Staatstheater in Wiesbaden. 7.  
 (4.00.) Mitglieder des B.V.B. erhalten gegen Vor-  
 zeugung der Mitgliedskarte ermäßigten Eintritt bis zu  
 2 Karten im Parterre à 8.00. — Die 8. Die beiden  
 Seehunde. 7. (14.40.) — Mi. 9. Zar und Zimmermann.  
 7. (20.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2401—2800. — Do.  
 10. Don Karlos. 5<sup>1/2</sup>, (14.40.) Th.-Gem. B.V.B. Nr.  
 3301—3400 und Nr. 1—400. — Fr. 11. Die verstellte  
 Einfaßt. 7. (20.00.) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1651—2100.  
 — Sa. 12. Rose Bernd. 7. (14.40.) — So. 13. nachm.  
 2. Der Froschkönig oder Der eiserne Heinrich. (7.00);  
 abends 6. Neu einstudiert. Manon. (25.00.) Die 15.  
 Schallermiete-Vorstellung. A 7. Alessandro Stradella.  
 7. (20.00.)

Im Konzerthaus. So. 6. Börsenieber. 7.  
 (12.20.) — Fr. 11. Volksbühne C. 1. Der zerbrochene  
 Krug. Der eingebilddete Kranke. 7. — So. 13. Börsen-  
 ieber. 7. (12.20.)

In der Festhalle. Mo. 14. Volksbühne. K. 1.  
 I. Volks-Sinfonie-Konzert. 7<sup>1/2</sup>, (3—10 M.)  
 Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Th.-  
 Gem. jeweils am Vortag und Tag der Aufführung  
 in der Geschäftsstelle (10—1/2, 4—6 Uhr). Vorrecht  
 für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufsrecht  
 der Inhaber von Vorzugskarten am Samstag den 5.,  
 nachm. 1/4—5 Uhr, allgemeiner Verkauf und weiterer  
 Umtausch von Montag den 7. an.

Kunsthandlung und Rahmenfabrik 3942  
**E. Büchle** Karlsruhe, Kaiserstr. 128 zwisch. Wald-  
 a. a. Karlsruhe  
**Wandbilderschmuck**  
 Inh.: W. Bertsch :: Bildereinrahmungen

zugelassenen Rechtsanwält als Prozeßbevollmächtigten  
 vertreten zu lassen.  
 Karlsruhe, 29. Okt. 1921.  
 Der Gerichtspräsident  
 des Badischen Landgerichts.

Ruhholz-Versteigerung des  
 Forstamtes Waldkirch. Brög.  
 Freitag, den 11. November,  
 früh 10 Uhr, auf dem Forst-  
 amte aus Ditt. Sandelwald:  
 290 fm Buchenabschnitte  
 II.—V. Kl.; 43 fm Buchen  
 zu Schwellen geeignet; 3 fm  
 Eichen, 5 fm Eichenab-  
 schnitte; 127 fm Klobellang-  
 holz aller Klassen; Vorzeiger  
 Forstwart Dufner, Unter-  
 simonswald, Eitersbach.  
 Aus Ditt. Bizzart: 55 fm  
 Fichtenstämme, meist IV.—  
 V. Kl.; 74 Eter entz. fichte-  
 nes Papierholz. Vorzeiger  
 Domänenwaldhüter Störz,  
 Dach.  
 3.611

VON  
**VERSAILLES**  
 BIS  
**LONDON**  
 von  
**DR. E. KRAUS**

Umfang 8 Bogen Preis Mk. 18.—

#### Inhaltsverzeichnis:

Voraussetzungen der modernen Außenpolitik. / Der Friedensvertrag von Ver-  
 sailles und die deutsche Politik. / Die Konferenz von Spa. Vorbemerkungen  
 und Ergebnis. / Das Ergebnis von Spa in den europäischen Parlamenten.  
 Reichstag und Reichswirtschaftsrat. Spa vor dem französischen und vor dem  
 englischen Parlament. Zusammenfassung und Wertung. / Das Völkerbund-  
 problem. Deutsche Politik. Weltpolitik. / Die Finanzkonferenz von Brüssel. /  
 Der Kampf um die Wiedergutmachung. Von Versailles bis London. Die  
 Konferenz von London und das Ultimatum des Obersten Rates. Von Lon-  
 don bis Wiesbaden. / Rückblick und Ausblick.

Dies Buch ist aus der Berufsarbeit des Politikers herausgewachsen.  
 Es will versuchen, den wichtigsten Abschnitt der auswärtigen Politik  
 Deutschlands allgemeinem Verständnis näher zu bringen und zeigen,  
 daß Friedensvertrag, Wiedergutmachung, Völkerbund, der Wieder-  
 aufbau Europas usw. nur dann zu verstehen sind, wenn man die  
 politischen Vorgänge vor und während des Krieges mit in Zusammen-  
 hang stellt, die politische Vorgeschichte der einzelnen Staaten heran-  
 zieht und daraus den zweckmäßigsten Weg praktischer Politik zu  
 finden sucht.

Mögen recht viele aus diesem Buch die Anregung gewinnen, sich  
 eingehend und gründlich mit der auswärtigen Politik zu befassen, um  
 die großen Gegenwartsfragen nüchtern und unvoreingenommen vom  
 Standpunkt pazifistischer Völkerbundspolitik zu sehen, möge insbeson-  
 dere die Arbeiterschaft lernen, von unfruchtbarer Opposition zur Real-  
 politik, zur Mitarbeit am Staate emporzuwachsen.

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe i. B.  
 Karlsruherstraße 14.

3.601.22 Karlsruhe. Die  
 Firma Hofes M. Bär, Holz-  
 handlung in Bruchsal, In-  
 haber Hofes M. Bär in  
 Bruchsal, Prozeßbevollmäch-  
 tigt: Rechtsanwalt Dr.  
 Dittenhofer in Bruchsal,  
 klagt gegen den ledigen  
 Karlsruher Hofes M. Bär,  
 früher in Bruchsal, jetzt  
 unbekannt wo, aus Holz-  
 lieferungen vom 25. Mai  
 bis 9. September 1921, auf  
 kostenfällige, eventuell gegen  
 Sicherheitsleistung vor-  
 läufig vollstreckbare Verur-  
 teilung zur Zahlung von  
 M. 5178.07 nebst 4% Zin-  
 sen seit 1. Oktober 1921  
 an den Kläger.

Der Kläger ladet den  
 Beklagten zur mündlichen  
 Verhandlung des Rechts-  
 streits vor die V. Zivil-  
 kammer des Landgerichts  
 zu Karlsruhe auf Montag,  
 den 9. Januar 1922,  
 vormittags 9 Uhr, mit der  
 Aufforderung, sich durch  
 einen bei diesem Gericht